

## 8

„Aus diesen Gründen respektiert die Kirche zwar die Autonomie der Politik, beschränkt aber ihre eigene Mission nicht auf den privaten Bereich. Im Gegenteil, sie kann und darf beim Aufbau einer besseren Welt nicht abseitsstehen, noch darf sie es versäumen, ‚die seelischen Kräfte [zu] wecken‘, die das ganze Leben der Gesellschaft bereichern können.“

Die Worte von Papst Franziskus sind ein Aufruf zur Reflexion über die Rolle der Kirche in einer Welt, die von Herausforderungen wie sozialer Ungerechtigkeit, Klimakrise und Konflikten geprägt ist. Sie skizzieren eine Kirche, die sich nicht auf Sakramente und Gebete beschränkt, sondern mutig und engagiert die gesellschaftliche Verantwortung annimmt. Doch was bedeutet es, wenn die Kirche politisch wird? Welche Grenzen und Chancen ergeben sich, wenn spirituelle Institutionen in den Diskurs der Weltpolitik eintreten?

Religion und Politik waren nie vollständig voneinander getrennt, auch wenn die Moderne oft den Eindruck erweckt, dass die eine Sphäre der anderen nichts anhaben dürfe. Im säkularen Staat wird Religion vielfach ins Private gedrängt, während Politik als neutral und unabhängig betrachtet wird. Doch dieser Dualismus greift zu kurz. Religion prägt die Werte der Menschen, gibt moralische Orientierung und weckt die Sehnsucht nach einer gerechten Welt. Diese Kräfte können nicht ignoriert werden, wenn Gesellschaften an einer gemeinsamen Vision von Frieden und Gerechtigkeit arbeiten wollen.

Die Kirche, als globale Institution und als moralische Instanz, ist mehr als eine religiöse Gemeinschaft. Sie besitzt eine tiefe Verbindung zu den Grundfragen der Menschheit. Ihre Botschaft von Nächstenliebe, Solidarität und Hoffnung ist intrinsisch politisch, denn sie zielt darauf ab, das Leben der Menschen zu verbessern. Dies bedeutet nicht, dass sie sich mit Machtkämpfen und Parteipolitik beschäftigen sollte. Vielmehr geht es darum, ihre Stimme dort zu erheben, wo die Würde des Menschen bedroht wird. Ein Blick in die Geschichte zeigt, wie prägend diese Stimme sein kann: Ob im Einsatz für Bürgerrechte, wie bei Martin Luther King Jr., oder in der Befreiungstheologie Lateinamerikas – die Kirche hat immer dann ihre Kraft entfaltet, wenn sie sich mit den Schwächsten solidarisiert hat.

Doch diese politische Dimension der Kirche wirft auch Fragen auf. Wie kann sie ihre moralische Autorität bewahren, ohne die Neutralität zu verlieren, die ihr erlaubt,

überparteilich zu wirken? Die Antwort liegt in ihrem universalen Anspruch. Die Kirche ist nicht dazu da, sich auf eine Ideologie oder eine Partei festzulegen. Ihre Aufgabe ist es, Grundprinzipien zu verteidigen: Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung. Gerade in einer Zeit, in der Populismus und Polarisierung die politische Landschaft prägen, könnte die Kirche ein Raum für den Dialog sein – ein Ort, an dem Menschen unterschiedlicher Überzeugungen zusammenkommen, um über Lösungen nachzudenken, die über kurzfristige Interessen hinausgehen.

Die Quellen, aus denen gläubige Menschen ihr politisches Engagement schöpfen, sind dabei vielfältig. Die Bibel bietet nicht nur spirituelle Erbauung, sondern auch konkrete Impulse für den Einsatz für das Gemeinwohl. Die Bergpredigt ist ein Beispiel für eine radikale politische Vision, die Gerechtigkeit und Barmherzigkeit in den Mittelpunkt stellt. Sie fordert dazu auf, die Armen und Schwachen ins Zentrum des Denkens zu rücken, Machtstrukturen zu hinterfragen und nach einer Welt zu streben, in der jede Person in Würde leben kann. Gleichzeitig erinnert die Geschichte Jesu daran, dass politisches Handeln stets von Demut und Liebe getragen sein muss, um glaubwürdig zu bleiben.

Die Herausforderung besteht darin, diese Prinzipien in die Praxis umzusetzen, ohne dabei den Eindruck zu erwecken, die Kirche wolle ihre Macht ausspielen oder andere Meinungen unterdrücken. Sie muss sich auf ihre Rolle als moralischer Kompass konzentrieren und darf dabei nicht die Autonomie der Politik verletzen. Gerade in gesellschaftlichen Krisenmomenten kann sie seelische Kräfte wecken, die der politischen Sphäre oft fehlen: Hoffnung, Geduld und die Bereitschaft zur Versöhnung.

Doch darf die Kirche parteipolitisch sein? Diese Frage lässt sich nicht eindeutig beantworten. In extremen Fällen – wenn Menschenrechte oder fundamentale ethische Prinzipien verletzt werden – ist ein klares politisches Statement unabdingbar. Ein Beispiel dafür ist die Verurteilung des Krieges durch Papst Franziskus oder der Einsatz für Flüchtlinge. Andererseits würde eine offene Unterstützung für bestimmte Parteien ihre universale Glaubwürdigkeit gefährden. Hier zeigt sich der schmale Grat, auf dem die Kirche wandelt: Sie muss Partei ergreifen, aber nicht parteiisch werden.

Wenn Religion nicht politisch sein soll, bleibt die Frage, welchen Beitrag sie dennoch für das Menschsein leisten kann. Die Antwort liegt in ihrer Fähigkeit, Werte und Sinn zu vermitteln. In einer Welt, die oft von materiellen Zielen und kurzfristigem Denken dominiert wird, kann Religion einen Gegenpol setzen. Sie erinnert daran, dass wahres Menschsein mehr bedeutet als bloßer Erfolg oder Konsum. Sie lädt ein zur Reflexion über das, was wirklich zählt:

Beziehungen, Verantwortung und die Suche nach einem höheren Zweck.

Am Ende zeigt sich, dass die Trennung von Religion und Politik nie vollständig gelingen wird – und vielleicht auch nicht gelingen sollte. Denn eine Kirche, die sich aus der Welt zurückzieht, verrät ihre eigene Mission. Ihre Aufgabe ist es, Licht in die Dunkelheit zu bringen, Brücken zu bauen und jene seelischen Kräfte zu wecken, die das Leben der Gesellschaft bereichern können. Dabei wird sie immer wieder zwischen den Polen von Engagement und Zurückhaltung navigieren müssen. Doch gerade in dieser Spannung liegt ihre Stärke: Sie erinnert die Welt daran, dass es keine wahre Gerechtigkeit ohne Barmherzigkeit geben kann und keinen Frieden ohne Liebe.